

Die klima- und energiepolitische Kehrtwende Luxemburgs ist möglich!

Gemeinsame Forderungen von Action
Solidarité Tiers Monde, Caritas Luxemburg,
Greenpeace und Mouvement Ecologique
anlässlich der bevorstehenden
Parlamentswahl in Luxemburg

Januar 2009



LUXEMBURG
PARLAMENTSWAHLEN

volum
KLIMA

„Votum Klima“ ist eine gemeinsame Initiative von Caritas Luxemburg, Action Solidarité Tiers Monde, Mouvement Ecologique und Greenpeace. Sie ist aus der Überzeugung entstanden, dass Umweltschutzorganisationen, Entwicklungsorganisationen sowie Organisationen aus dem sozialen Bereich im Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam handeln müssen.

Mit „Votum Klima“ zeigen wir, dass eine klima- und energiepolitische Kehrtwende Luxemburgs möglich ist. In dieser Broschüre stellen Caritas, Action Solidarité Tiers Monde, Mouvement Ecologique und Greenpeace ihre Forderungen an die künftige Luxemburger Regierung in einer Zusammenfassung vor.

Eine ausführliche Fassung, mit einer Übersicht der wissenschaftlich belegten Anzeichen des Klimawandels, seiner Auswirkungen auf Natur und Umwelt, Fallbeispielen aus Ländern wie Bangladesh oder Kenia sowie einer Analyse der bisherigen luxemburgischen Klimaschutzpolitik und detaillierten Forderungen an die zukünftige Regierung unseres Landes ist direkt bei den Organisationen oder im Internet unter www.klimavotum.lu erhältlich.

Januar 2009

Bildnachweis

S.2 : ©Krueger/Greenpeace
S.3 links: ©Araujo/Greenpeace
S.3 rechts: ©Lu Tongjing/Greenpeace
S.3 unten : ©IPCC
S.4 links: ©Einberger/Greenpeace
S.4. rechts: ©Armestre/Greenpeace
S.5 links: ©Beltra/Greenpeace
S.5 rechts: ©Arnold/Greenpeace
S.6: ©Langrock/Greenpeace
S.7: ©Beltra/Greenpeace
S.9: ©Dittié/Greenpeace
S.13: ©Holbach/Greenpeace
S.14 : ©Mouvement Ecologique
S.15 : Quelle unbekannt
S.16 : ©Keup/ASTM
S.17 rechts : ©Pichler/Greenpeace
S.17 : ©ASTM/Fotomontage
S.18 links: ©ARFA/ASTM
S.18 Mitte: ©Francken/Greenpeace
S.18 rechts: ©Francken/Greenpeace
S.20 links: ©Pichler/Greenpeace
S.20 rechts : ©Mouvement Ecologique
S.21 links: ©Keup/ASTM
S.21 rechts: ©Mouvement Ecologique
S.23: ©Keup/ASTM



„Die Klimaänderung ist nicht nur, wie zu viele Menschen noch glauben, ein Umweltthema. Sie ist eine allumfassende Bedrohung. Sie ist eine Bedrohung für die Gesundheit (...). Sie könnte die Welternährung gefährden (...). Sie könnte die Grundlagen gefährden, von denen fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt.“

Dieses Zitat des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan am 15.11.2006 vor dem Klimagipfel in Nairobi macht deutlich, dass Klimaschutz notwendig ist, um unsere Lebensgrundlagen, Natur und Artenvielfalt zu erhalten. Zusätzlich aber ist Klimaschutz *unerlässlich*, um Millionen Menschen in den ärmsten Regionen der Welt vor den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren. Ohne Klimaschutz gibt es weder globale Gerechtigkeit noch ein Gelingen der Millenniums-Entwicklungsziele. Es handelt sich also nicht nur um eine klimapolitische, sondern auch um eine ethische Debatte. Wenn wir es ernst damit meinen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Entwicklung haben, dann müssen wir, die Bürgerinnen und Bürger der reichen Industrienationen, den verschwenderischen Umgang mit fossilen Energien beenden.

Genau darin liegen aber auch neue Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Industriegesellschaften: neue Potentiale für Beschäftigung, die Absicherung unserer Energieversorgung sowie ein Wirtschaftssystem, in welchem Qualität vor Quantität steht. Sie warten nur darauf, konkret angepackt und verwirklicht zu werden.

Die aktuelle Wirtschaftskrise müsste an sich dazu führen, noch stärker als bisher die Chancen zu nutzen, welche

unzweifelhaft im offensiven Klimaschutz liegen: In Frankreich arbeiten schon heute mehr Personen im Bereich Erneuerbare Energien als in der Automobilbranche¹. In Deutschland wird bis 2020 mit einer halben Million zusätzlicher Arbeitsplätze durch Klimaschutz gerechnet². Klimaschutz erlaubt es, auf nachhaltige Arbeitsplätze zu setzen, vor Ort und in den Regionen Handwerk und Dienstleistungsunternehmen zu fördern, weitaus mehr Personen im öffentlichen Transport zu beschäftigen usw. Die Wirtschaftskrise darf also nicht als Vorwand genutzt werden, um Klimaschutz hinten anzustellen, nein, genau das Gegenteil sollte der Fall sein.

Wir brauchen einen „Green New Deal“. Je eher wir damit beginnen, umso leichter lässt sich der Weg in eine „kohlenstoffarme“ und nachhaltige Zukunft gestalten. Je länger wir warten, umso teurer und folgenschwerer werden die Konsequenzen sein.

„Votum Klima“ will im Vorfeld der kommenden Parlamentswahl die Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteure und der Öffentlichkeit in Luxemburg gewinnen, um die künftigen politischen Entscheidungsträger von der Notwendigkeit, aber auch von den Chancen einer klima- und energiepolitischen Kehrtwende zu überzeugen.

Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die den Mut haben, innovative Wege zu gehen, um unser Land für die Zukunft fit zu machen. Wir brauchen eine Politik, die sich der globalen Verantwortung stellt und sie zur Handlungsmaxime für die nationale und europäische Politik erhebt. Und wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die Klimaschutz als neue Chance für unsere Gesellschaft, als Beitrag zu mehr Lebensqualität und einer gerechteren Welt erkennen.

¹ Konferenz von Peter Poschen/International Labor Organization zum Thema „Green Jobs“

² „Klimaschutz schafft Arbeitsplätze“, www.bundesregierung.de, 9.6.2008

‘This is an emergency, and for emergency situations we need emergency action...’

UN secretary-general Ban Ki-Moon, 10 November 2007



Eisbären: vom Aussterben bedroht

Die Welt am Scheideweg

Klimaforscher schlagen Alarm: der Klimawandel kommt schneller und bei niedrigeren Temperaturerhöhungen, als vom Weltklimarat IPCC³ in seinem Bericht von 2007 angenommen. Eindrucksvollstes Beispiel ist das Schmelzen des arktischen Meereseises. Experten rechnen damit, dass dieses bereits 2010/2012 während der Sommerperiode verschwunden sein könnte, fast 100 Jahre früher als vom IPCC angenommen. In einem ähnlichen Rekordtempo schmelzen die Gletscher weltweit und versauern die Ozeane.

Führende Klimawissenschaftler warnen: wir müssen die globale Erwärmung auf unter 2 Grad Celsius im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten begrenzen und schnellstens umfassende Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase einleiten. Ansonsten drohen noch in diesem Jahrhundert irreversible und starke Klimaveränderungen, die die Anpassungsmöglichkeiten der menschlichen Gesellschaft übersteigen.

Das Erreichen mehrerer „Kipppunkte“ im Klimasystem noch in diesem Jahrhundert könnte zu sprunghaften, sich selbst verstärkenden Klimaveränderungen führen. Zu den Kippelementen zählen unter anderem das Grönländische

³ Intergovernmental Panel on Climate Change, www.ipcc.ch

2007: Schwere Dürre im Amazonas

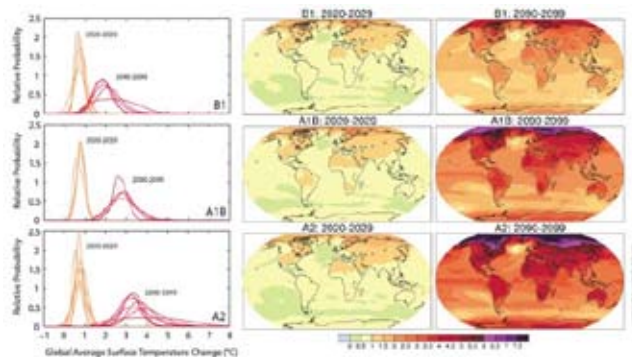


Durch Dürre verwüstete Innere Mongolei, China



und das Westantarktische Eisschild, deren vollständiges Abschmelzen mit einem Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter verbunden ist.

2007 erreichte der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen einen neuen Rekordwert. Wir steuern derzeit ungebremst darauf zu, dass die globale Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts durchschnittlich 4,5 Grad Celsius betragen wird.



Klimawandel ist existenzbedrohend

Für die meisten Menschen in den Industrienationen (wenn auch nicht für alle!), die das tägliche Wettergeschehen von der Couch aus erleben, wird es verhältnismäßig leicht sein, sich vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Doch für den größten Teil der Weltbevölkerung und der Ökosysteme mit ihrer unschätzbar wertvollen Flora und Fauna stellt der Klimawandel eine existentielle Bedrohung dar: die Welt steht vor einem neuen Massensterben, hervorgerufen unter anderem durch Wasser- und Nahrungsmittelmangel, zunehmende Krankheiten, extreme Wetterereignisse, Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren und eine rasante Verschiebung der Klimazonen, an die sich nur die wenigsten Arten anpassen können

Die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen. Doch viele dieser Menschen, die sich kaum gegen die

Auswirkungen des Klimawandels schützen können, leiden bereits jetzt am stärksten unter den Folgen des Klimawandels. Der Klimawandel macht nicht nur mehr Menschen arm, er verschärft die Situation derer, die schon jetzt in extremer Armut leben.

Auch Europa ist betroffen

Doch auch Europa wird nicht vom Klimawandel verschont bleiben. Zahlreiche Wirtschaftssektoren wie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Gesundheitswesen werden die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu spüren bekommen. Hitzewellen wie im Jahr 2003, mit mehr als 20.000 zusätzlichen Toten in Europa, werden keine Seltenheit bleiben. Häufigere und extreme Wetterereignisse wie Stürme, heftige Niederschläge, Überflutungen, Trockenheit, Waldbrände und Erdbeben werden Gebäude wie auch Verkehrs- und industrielle Infrastrukturen beschädigen,

Verluste bei der landwirtschaftlichen Produktion verursachen und sich indirekt auch auf andere Sektoren auswirken.

Enorme Kosten durch Klimawandel

Der Klimawandel stellt aber nicht nur eine Bedrohung für das Leben von Millionen Menschen, Pflanzen- und Tierarten dar. Der Klimawandel stellt uns auch vor eine finanzielle Herausforderung, deren Folgeschäden – falls wir nicht sofort handeln – die aktuelle weltweite Banken- und Konjunkturkrise um ein Vielfaches übersteigen werden. Die wohl bekannteste Veröffentlichung in diesem Zusammenhang, der „Stern-Report“, kommt zu dem Schluss, dass die Kosten des Klimawandels, die bei Nichthandeln entstehen würden, dem Verlust von 5-20 % des globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen würden. Dies wäre in etwa mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise



2005: Überschwemmung in Süddeutschland



2008: nach langer Trockenheit wüten in Portugal verheerende Waldbrände.

2004: Zerstörung durch Hurrikane Charlie, Florida, USA



der 1930er Jahre vergleichbar. Wirtschaftsexperten gehen auch davon aus, dass die Kosten für den Klimaschutz um ein Vielfaches geringer sein werden als die Kosten, die durch die Klimaschäden entstehen.

Treibhausgasemissionen stoppen

Die enorme Geschwindigkeit, mit der der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Abermillionen Menschen bedroht, erfordert von der internationalen Staatengemeinschaft ein schnelles und durchgreifendes Handeln. Unser „Business-as-usual“ bei Energieversorgung und Energieverschwendung darf nicht länger so weitergehen.

Die Welt muss es bis spätestens 2015 schaffen, eine Trendwende bei den Treibhausgasemissionen zu erreichen. Bis zum Jahr 2020 müssen die

Europas grösste CO₂-Quelle :
Rheinisches Braunkohlerevier, Deutschland



Industrienationen ihre Emissionen um mindestens 25-40% im Vergleich zum Jahr 1990 reduzieren. Und um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur so weit wie möglich unter 2°C zu begrenzen, müssen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die globalen Emissionen halbiert werden und dann alle Staaten weltweit einen schnellen und vollständigen Stopp aller Treibhausgasemissionen ansteuern.

Kehrtwende der Politik von Nöten

„Business-as-**un**usual“ ist also angesagt: wir brauchen ein Umdenken bei Energieerzeugung, Energieverteilung und beim Energieverbrauch. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit müssen höchstprioritär für zukünftige Regierungen werden. Je schneller wir den Klimaschutz anpacken, umso mehr können wir klimawandelbedingte Katastrophen,



Fertigung von Windkraftanlagen, Vestas Wind Systems A/S

Schäden und Verluste begrenzen. Und Klimaschutz ist noch mehr: Klimaschutz bedeutet Investitionen in nachhaltige Technologien und Millionen Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Branchen und Volkswirtschaften, die von steigenden Preisen für fossile Rohstoffe unabhängig sind.

Klimaschutz: die Sozial- und Wirtschaftspolitik von morgen!

Fakt ist zudem, dass der Klimaschutz einmalige Chancen auf sozialer und ökonomischer Ebene bietet. Gerade durch Klimaschutzmaßnahmen lassen sich weltweit Millionen Arbeitsplätze schaffen, die vor allem weniger krisenanfällig sind. Klimaschutzmaßnahmen erlauben aber auch, den Lebensstandard zu

erhöhen: gut gedämmte Häuser sind attraktiver als zugige, ein optimal ausgebauter öffentlicher Transport stellt einen Gewinn für die Lebensqualität dar. Und nicht zuletzt: Klimaschutz bedeutet schlichtweg den Geldbeutel schonen, was vor allem für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen von Bedeutung ist. Auch auf ökonomischer Ebene liegen fast unbegrenzte Möglichkeiten im Klimaschutz: dezentrale Energieversorgungssysteme und solche auf Basis erneuerbarer Energiequellen sind wirtschaftlich weitaus rentabler als zentrale Kraftwerke. Effizienzgewinne in der Produktion zahlen sich für jeden einzelnen Betrieb aus. Demnach bietet Klimaschutz die einmalige Möglichkeit Ökologie, Ökonomie und Soziales zu verbinden - eine Win-Win-Win-Situation.

Regenwaldschutz ist Klimaschutz

Die Zerstörung der Regenwälder der Erde, die die Menschen mit Rohstoffen, Nahrung, Trinkwasser, sauberer Luft, Niederschlägen und vielen anderen »Ökosystemleistungen« versorgen, schreitet immer schneller voran. Mit den Regenwäldern verschwindet eine einzigartige Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Die Lebensgrundlage von schätzungsweise 150 Millionen Menschen droht, verloren zu gehen. **Die Zerstörung der Wälder trägt massiv zum Klimawandel bei: Wälder sind große Kohlenstoffspeicher. Rund 20% der weltweiten Treibhausgase entstehen durch Abholzung und Brandrodung von Wäldern für Holzgewinnung, Plantagenanbau und Viehzucht. Das ist mehr CO₂ als der weltweite Verkehr ausstößt.** Die internationale Staatengemeinschaft muss umgehend institutionelle, technische und finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen, damit die Regenwaldzerstörung gestoppt wird.



Brandrodung im
brasilianischen
Regenwald, 2008

Verantwortung der reichen Länder

Die Industrienationen haben eine historische und moralische Verantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels, denn sie sind für den größten Teil des Problems verantwortlich. Die Industrieländer sind auch diejenigen, die dank ihrer wirtschaftlichen Stärke finanziell in der Lage sind, handeln zu können. Dem Verursacherprinzip folgend müssen sie für die Klimaschäden und die Anpassungskosten in den besonders betroffenen Entwicklungsländern aufkommen und diese Länder beim Aufbau einer klimaverträglichen Energieversorgung unterstützen. Dabei geht es nicht um Almosen, sondern um Gerechtigkeit. Klima- und Energiepolitik müssen zum integralen Bestandteil der Entwicklungspolitik werden, denn nur so können die Überwindung der Armut, die Millenniums-Entwicklungsziele und die Stabilisierung unseres Klimas erreicht werden.

Der Zeitpunkt zu handeln ist JETZT

Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit, den Klimawandel auf ein kontrollierbares Maß einzudämmen und katastrophale Folgeentwicklungen für die Erde und ihre Bewohner zu verhindern. Die internationale Staatengemeinschaft wird bis Dezember 2009 ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verhandeln. Eine der Herausforderungen bei den Verhandlungen ist, alle Industriestaaten (vor allem die USA) und die Schwellenländer entsprechend ihrer Möglichkeiten in ein zukünftiges System der Treibhausgasreduktionen einzubinden. Dazu ist es notwendig, dass die Industrienationen ihre Emissionen durch reale, inländische Maßnahmen verringern, anstatt sich durch den Kauf von Verschmutzungsrechten von ihren Reduktionsverpflichtungen freizukaufen. Nur so werden die Schwellenländer sich dazu bereit erklären, ihren Teil zum Klimaschutz beizutragen.



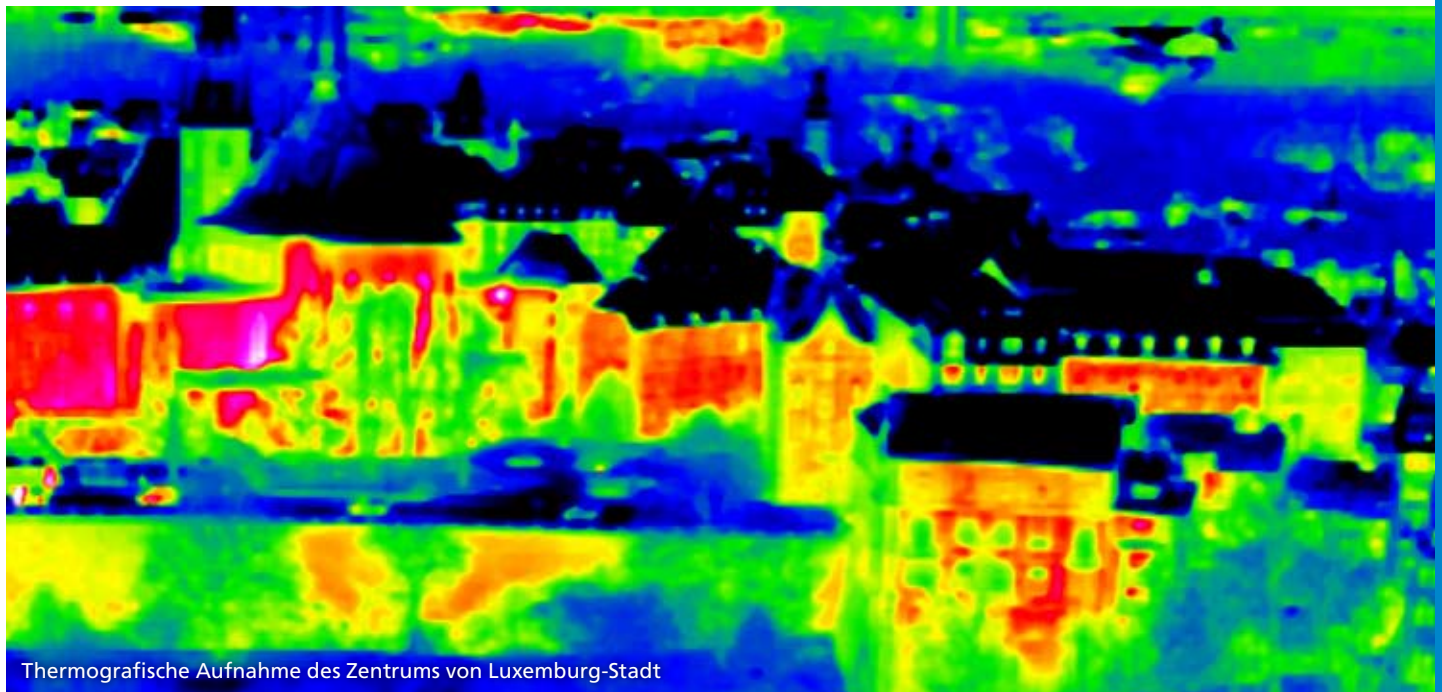
Let us launch a new Copernican revolution—a revolution in thinking, a revolution in action.”

(UN Secretary-general Ban Ki-Moon, opening statement to the high level segment of the United Nations Climate Change Conference, Poznan, Poland, 11 December 2008)

Eine klima- und energiepolitische **Kehrtwende Luxemburgs** ist möglich



Luxemburg als einer der reichsten Staaten der industrialisierten Welt kann sich seiner Verantwortung beim Klimaschutz nicht länger entziehen. Tatsächlich ist Luxemburg in der Lage, seine Klimaschutzziele erreichen, aber nur, wenn es eine echte Kehrtwende in der Klima- und Energiepolitik geben wird. Die Potentiale sind vorhanden. Was wir jetzt noch brauchen, ist ein gesellschaftlicher Entschluss zum klimapolitischen Kurswechsel.



Thermografische Aufnahme des Zentrums von Luxemburg-Stadt

Obwohl Klimaschutz eine Notwendigkeit darstellt, so ist er zugleich auch eine Chance für unsere Gesellschaft. Es liegt in unserem eigenen Interesse, unsere Abhängigkeit von fossilen Energiequellen radikal zu verringern, damit Haushalte, Handwerk und Industrie von schwankenden und immer weiter steigenden Energiekosten unabhängig werden. Es liegt im Interesse der Wirtschaft, energiesparende Produktionsverfahren einzusetzen und deren Entwicklung zu fördern. Investitionen in energieeffiziente Technologien, erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und Energieberatung schaffen Wettbewerbsvorteile und viele neue Arbeitsplätze.

Wir brauchen diesen „Green New Deal“ - jetzt ! Je eher wir damit beginnen, umso leichter wird sich der Weg in eine „kohlenstoffarme“ Zukunft gestalten. Je länger wir warten, umso schwerer wird es zukünftig werden, sich den Herausforderungen des Klimaschutzes, der Energieversorgung und nicht zuletzt dem wirtschaftlichen Wandel anzupassen.

VOTUM KLIMA FORDERT:

Die Reduktionsziele an den
Klimaschutz-Erfordernissen
festmachen: mindestens
30% bis 2020

Konsequente Absage
an die Atomkraft

Energieeffizienz und dezentrale
Energieversorgung müssen zur
Priorität werden

Erneuerbaren Energien in
Luxemburg : die Potentiale
endlich erschliessen

Zu Hause handeln statt
Emissionsrechte kaufen

Nein zu 10% Agrokraftstoffen
im Transportbereich

Konsequenter Ausbau des
öffentlichen Transports

Die Treibhausgasemissionen
in der Landwirtschaft
senken, den Biolandbau
stärker fördern

Handlungsfähige Strukturen schaffen

Klimaschutz- und
Energiesparmaßnahmen
sozialverträglich
gestalten

Finanzpolitik graduell umgestalten:
ökologische Steuerreform angehen,
klimaschädliche Subventionspolitiken
abschaffen

Die Entwicklungspolitik
Luxemburgs muss an den Kli-
mawandel angepasst werden

Wirtschafts- und Mittelstandspolitik
am Klimaschutz orientieren

Den Finanzplatz
Luxemburg zum Motor
für eine nachhaltige
Entwicklung umgestalten

Luxemburg muss sich für eine nachhaltige
Klimaschutz- und Energiepolitik der EU einsetzen

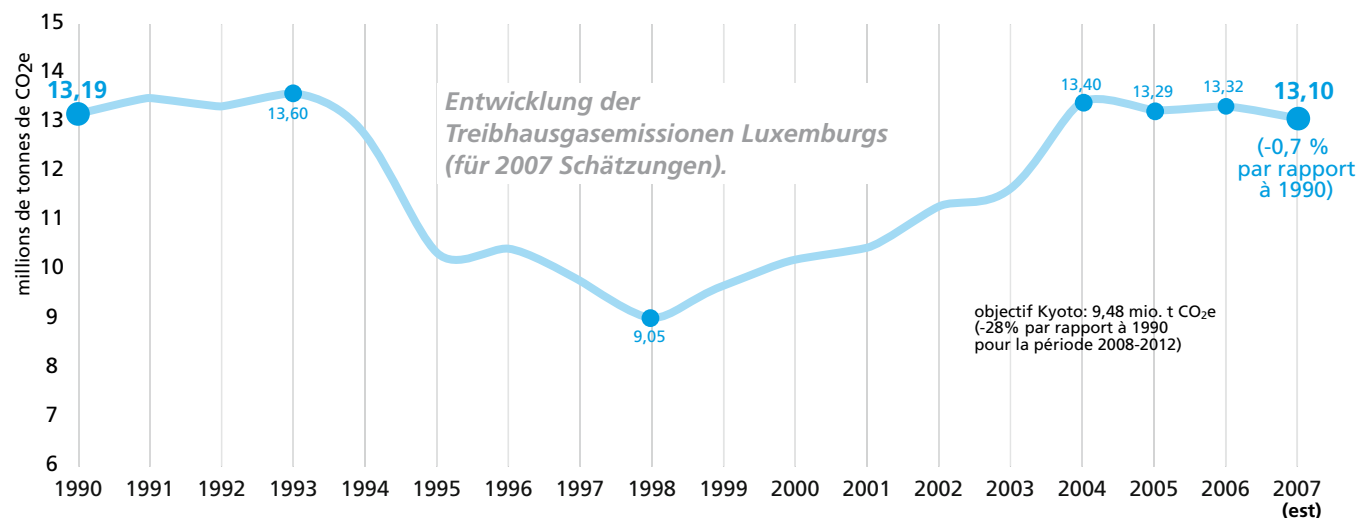
Die Reduktionsziele an den Klimaschutz-Erfordernissen festmachen: **mindestens 30% weniger Treibhausgase bis 2020**

Luxemburg hat die höchsten Pro-Kopf-Emissionen und den höchsten Lebensstandard Europas und ist zugleich jenes europäische Land, das bislang am wenigstens selbst und vor Ort zum Klimaschutz beitragen will. Die derzeitige Klimaschutzpolitik Luxemburgs führt dazu, dass das Land seine Klimaschutzziele nur auf dem Papier erreichen wird. Denn das Kyoto-Ziel von -28% bis 2012 (im Vergleich zu den Emissionen 1990) wird fast ausschließlich durch den Kauf von Verschmutzungsrechten im Ausland erfüllt. Nur ein geringer Teil der Reduktionen wird, wenn überhaupt, im Land selbst erreicht werden: im Jahr 2007 lagen die Emissionen schätzungsweise nur um 0,7%⁴ unter jenen des Kyoto-Basisjahres 1990.

⁴ Ministère de l'Environnement, Pressekonferenz am 15. Dezember 2008

Damit muss jetzt Schluss sein: Luxemburg sollte sich verpflichten, seine Emissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 30% (im Vergleich zu den Emissionen im Jahr 2005) allein durch inländische Maßnahmen zu verringern. Dadurch würden übrigens auch die Vorgaben der EU zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz erfüllbar. Diese Ziele sind machbar, die Reduktionspotentiale liegen sogar noch höher. Um sie zu erreichen, ist der Wille für einen klimapolitischen Kurswechsel aber unerlässlich.

Unsere Forderung nach einer 30%igen Verringerung der Emissionen ist auf der wissenschaftlichen Notwendigkeit begründet, derzufolge die Industrienationen den Ausstoß

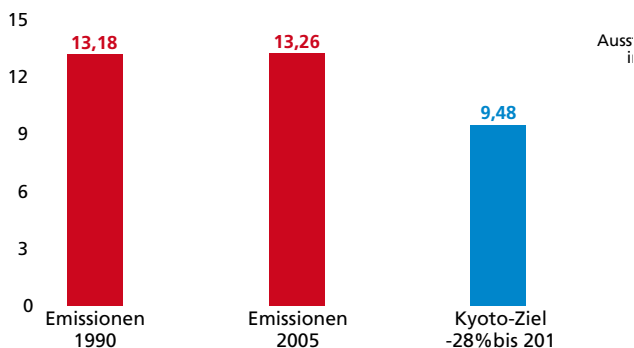


Quelle: Ministère de l'Environnement, 2008

der Treibhausgase bis 2020 um mindestens 25–40% senken müssen.

Eine Verringerung der Emissionen um 30% (im Vergleich zu den 2005er Emissionen) stellt außerdem keine Verschärfung, sondern de facto eine Verlängerung der Frist für die Einhaltung der Kyoto-Ziele dar: laut Kyoto-Vereinbarung muss Luxemburg bis 2012 seine Emissionen auf 9,48 Millionen Tonnen reduzieren. Unsere „minus 30%-Forderung“ bedeutet eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf ca. 9,29 Millionen Tonnen⁵, jedoch erst im Jahr 2020.

Treibhausgas-Reduktionsziele für Luxemburg



In der Klimarahmenkonvention ist das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten der Länder vereinbart worden; die EU-Kommission hat ein innereuropäisches Solidaritätsprinzip vor-

⁵ davon 7,46 Millionen Tonnen im Nicht-ETS-Sektor und 1,82 Millionen Tonnen im ETS-Sektor (der dem Emissionshandel unterliegt)

geschlagen. Laut dem jüngst von der EU verabschiedeten Klima- und Energiepaket ist Luxemburg schon jetzt zu einer Reduzierung seiner Treibhausgase um 20% bis 2020 verpflichtet. Kommt es Ende 2009 zu einem Kyoto-Nachfolgeabkommen mit Einbindung der USA und der Schwellenländer, werden die nationalen Reduktionsziele innerhalb der EU neu verhandelt. Als das mit Abstand reichste EU-Land sollte Luxemburg sich gegenüber den ärmeren EU-Staaten bereit erklären, seine Treibhausgasemissionen um wenigstens 30% zu reduzieren.

Ohne den Ausstieg aus dem Treibstoffexport werden wir die Ziele nicht erreichen

Der Boom beim Treibstoffverkauf führt seit Ende der 90er Jahre dazu, dass Luxemburg seine Klimaschutzvorgaben nicht einhält. Der größte Teil des Treibstoffs wird zwar nicht im luxemburgischen Inland verbraucht, er wird jedoch der Luxemburger CO₂-Bilanz angerechnet und ist, wenn wir weiter daran festhalten, die Ursache, warum weder die Kyoto-Ziele noch die Reduktionsziele des EU-Klima- und Energiepaketes und ebenso wenig die Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz erreicht werden können.

Der Treibstoffverkauf (sowohl Export als auch inländischer Verbrauch) ist der Sektor, der signifikant zu den CO₂-Reduktionszielen Luxemburgs beitragen muss. Ohne den schrittweisen Ausstieg aus dem Treibstoffexport sind die Klimaschutz-Ziele nicht zu erreichen.

Der schrittweise Ausstieg aus dem Treibstoffexport ist für Luxemburg jedoch ein finanzielles Problem. Weil die Dieselbesteuerung in den nächsten Jahren EU-weit



Billiger Treibstoff:
Ursache für die schlechte Klimabilanz Luxemburgs

harmonisiert wird, ist sowieso mit einer deutlichen Reduzierung des Treibstoffexportes zu rechnen. Damit einher geht die Frage, wie ein Loch im Staatshaushalt in der Höhe von bis zu einer Milliarde Euro jährlich gestopft werden kann.

In seiner Stellungnahme vom 29. September 2008 zur nachhaltigen Entwicklung der Staatsfinanzen bemerkt der Nationale Nachhaltigkeitsrat unter anderem:



„Was auf den ersten Blick noch wie eine simple budgetäre Optimierungsentscheidung aussieht, entpuppt sich dadurch bei näherem Hinsehen als eine Kernfrage des luxemburgischen Modells. Die Steuereinnahmen aus dem Treibstoffverkauf halten (...) zusammen mit einigen anderen exzeptionellen Steuereinnahmen den Modellmechanismus in Gang, weil sie es erlauben, die Arbeitskosten auf moderatem Niveau zu halten. Wenn diese Mittel künftig für den Kauf von Rechten aufgewendet werden müssen oder aufgrund von Maßnahmen zur Verringerung des Treibstoffverbrauchs stark schrumpfen, gerät die Finanzierungsstruktur in Unordnung. (...) Dies macht den künftigen ökonomisch-sozialen Sprengstoff für die Entwicklung unseres Landes aus.“

Die zukünftige Regierung wird nicht umhin kommen, alternative Einnahmequellen zu entwickeln, um bevorstehende Verluste bei den Steuereinnahmen zu kompensieren. Dies betrifft nicht nur den Treibstoffexport, sondern auch Einnahmen aus anderen „Nischen“ wie e-Commerce, Alkohol- und Tabaksteuern, bei denen eine EU-weite Harmonisierung der Steuersätze angestrebt wird.

Der Ausstieg aus dem Treibstoffexport ist deshalb doppelt bedeutsam: um die Luxemburger Klimaschutzziele zu erfüllen und um die Staatsfinanzen auf nachhaltigere Grundlagen zu stellen. Anstatt - wie beim Treibstoffexport - den Verbrauch von Ressourcen zu fördern, sollte die Regierung den sparsamen Umgang mit Ressourcen unterstützen und ihren ver-

schwenderischen Verbrauch entsprechend sanktionieren.

Ansätze, wie die drohenden Einnahmeverluste aus dem Treibstoffexport kompensiert werden könnten, gibt es. Es ist Aufgabe und Pflicht der Politik, diese zu entwickeln und umzusetzen.

Klimaschutz in allen Sektoren ist möglich und sinnvoll

Zwar könnte Luxemburg durch den vollständigen Ausstieg aus dem Treibstoffexport sein Reduktionsziel bis 2020 mehr als erfüllen. Um umfassenden Klimaschutz zu betreiben und unsere Abhängigkeit von immer knapper werdenden fossilen Energiequellen

und schwankenden und steigenden Energiekosten zu verringern, muss der Ausstoß der Treibhausgase jedoch in allen Sektoren verringert und nicht nur über den Kauf von Emissionsrechten ins Ausland verlagert werden.

Davon profitierten die Privathaushalte, Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft und auch der Arbeitsmarkt. Investitionen in erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, Energieberatung und die Entwicklung einer landesweit dezentralen Energieversorgung schaffen viele neue Arbeitsplätze im Land und in der Region. Der Ausbau der Biolandwirtschaft trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern kann den boomenden Markt für Bioprodukte bedienen. Und nicht zuletzt dient der massive Ausbau des öffentlichen und nichtmotorisierten Transports nicht nur dem Klimaschutz, sondern kann die immer größer werdende Verkehrsbelastung, verbunden mit Staus, Unfällen und der Verschlechterung der Luftqualität, erheblich verringern.

Legt man bestehende Studien des Wirtschafts- bzw. des Umweltministeriums zugrunde, kann das Gesamt-Reduktionspotential durch Effizienzmaßnahmen, Energiesparmaßnahmen und den Ausbau der erneuerbaren Energien inklusive Ausstieg aus dem Treibstoffexport bis 2020 auf mindestens 50% geschätzt werden.

Und es gibt noch einen weiteren wichtigen Grund, warum Klimaschutz in allen Sektoren Luxemburgs unvermeidlich ist: als Industrienation müssen wir uns darauf einstellen, langfristig die Emissionen vollständig reduzieren zu müssen. Je früher wir damit beginnen, umso einfacher wird der Ausstieg aus dem Kohlenstoff-Zeitalter sein.



Klimaschutz schafft Arbeitsplätze:
Beispiel Gebäudedämmung

Zu Hause handeln statt Emissionsrechte kaufen



Wie die Industriestaaten ihre Treibhausgas-Emissionen reduzieren

Die Industrienationen haben eine historische Verantwortung. Sie müssen beim Klimaschutz vorangehen und ihre Glaubwürdigkeit beweisen, indem sie ihre eigenen Emissionen massiv bei sich zuhause senken. Nur so werden die Schwellen- und Entwicklungsländer bereit sein, auch ihren Teil zum Klimaschutz beizutragen.

Nach dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten“ müssen die reichen Staaten mehr für den Klimaschutz tun als die Armen. Dieses in Europa und in der Welt anerkannte Prinzip sollte sich die zukünftige Regierung zum Leitbild machen. Konkret bedeutet dies, dass Luxemburg beim Klimaschutz endlich zuhause handeln muss, anstatt sich seiner Reduktionsverpflichtungen durch den Kauf von Verschmutzungsrechten (den „Clean Development Mechanismen“, kurz CDM) zu entziehen.

Auf der Klimaschutzkonferenz in Poznan 2008 standen die Clean Development Mechanismen im Kreuzfeuer der Kritik. Das ist nicht verwunderlich, denn weltweite CDM-Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Projekte, aus denen Verschmutzungsrechte generiert werden, zweifelhaft ist. Die „Clean Development Mechanismen“ müssen daher umfassend reformiert werden.

Um seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 30% zu reduzieren, muss und kann Luxemburg ausschließlich inländische Reduktionsmaßnahmen ergreifen. Abermillionen Euro sollten nicht in den Kauf von zweifelhaften Verschmutzungsrechten im Ausland investiert werden.

Auf zwischen 215 und 250 Millionen Euro werden die Kosten für den Kauf von Verschmutzungsrechten in der Kyoto-Periode 2008–2012 geschätzt⁶. Diese Gelder fehlen für nationale Klimaschutzmaßnahmen, die notwendig sind, um die Abhängigkeit der Privathaushalte und der Wirtschaft von fossilen Energiequellen zu verringern.

Wir fordern für die Kyoto-Phase 2008-2012 ein Moratorium für den Ankauf weiterer CDM-Rechte sowie den sofortigen Verkauf von Senkenrechten⁷. Sämtliche CDM-

⁶ Eigene Berechnungen auf Basis der Antworten des Umweltministeriums auf zwei parlamentarische Anfragen

⁷ In der Praxis sind Monokulturen im Süden der Welt – oft aus Eukalyptus – die größten Senken-Projekte, da sie am schnellsten Kohlendioxid binden. Sie gehen häufig mit Vertreibungen und/oder Ausbeutung von Kleinbauern und Indigenen und Zerstörung von Biodiversität einher.

und Joint Implementation-Projekte⁸, aus denen die bisher eingekauften Rechte stammen, müssen offen gelegt werden.

Die jüngsten Beschlüsse des EU-Klima- und Energiepakets führen dazu, dass Luxemburg im Zeitraum 2013–2020 jedes Jahr 4% seiner 2005er Emissionen über „flexible Mechanismen“ begleichen kann. Dies hört sich nach wenig an. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass sich Luxemburg zwischen 2013 und 2020 durch den Kauf von Verschmutzungsrechten im Ausland von insgesamt 40% der notwendigen Emissionsreduktionen bei Haushalten, Handel und Handwerk, Transport und Landwirtschaft freikaufen könnte.

⁸ JI: Der Begriff Joint Implementation (JI) bezeichnet neben den CDM einen weiteren im Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismus zur Reduktion von Treibhausgasemissionen.

Die nächste Regierung sollte sich verpflichten, diese Möglichkeiten nicht auszuschöpfen, und nur dann auf Rechte aus „flexiblen Mechanismen“ zurückgreifen, wenn sie a) nach einer Reform unter strengeren Additionalitäts⁹- und Nachhaltigkeitskriterien generiert wurden und b) es zu einer globalen Kyoto-Folgevereinbarung kommt, die zu einem erhöhten Reduktionsziel für die EU und daher für Luxemburg zu einem Reduktionsziel von mehr als 30 % führt.

⁹ Der Grundsatz der Additionalität ist die zentrale Anforderung für alle CDM-Projekte. Additionell ist ein Projekt, das zu zusätzlichen Emissionsreduktionen führt, die sonst nicht stattgefunden hätten. Das Hauptproblem beim Nachweis der Additionalität ist die Vorhersage der Emissionsentwicklung, wie sie ohne das Projekt stattfinden würde. Die Reduktionsleistung eines CDM-Projekts ist immer hypothetisch, da die tatsächlichen Emissionen *mit* Projekt mit einem Referenzszenario verglichen werden, das besagt, wie viele Emissionen *ohne* Projekt ausgestoßen worden wären. Jedes CDM, das überbewertet oder nicht additionell ist, bedeutet Mehremissionen. Schätzungen gehen davon aus, dass die Hälfte aller CDM gar nicht additionell sei.

Handlungsfähige Strukturen schaffen



Öffentlicher Transport contra Verkehrschaos

Konkrete und verbindliche Reduktionsziele sind ein Muss. Um diese erreichen zu können, sind strukturelle Veränderungen notwendig. Damit Klimaschutz nicht länger ein Stiefkind der luxemburgischen Politik bleibt, brauchen wir eine kohärente Politik auf allen Ebenen innerhalb der Regierung und zwischen Staat, Gemeinden, Haushalten, Handwerk und Industrie.

Derzeit lassen die staatlichen Strukturen und Entscheidungsprozesse in Luxemburg dem Klimaschutz keine Priorität zukommen. Die bisherigen Regierungen wurden ihrer Aufgabe als Koordinator einer landesweiten, kohärenten Klimaschutzpolitik nicht gerecht. Die Vernetzung der Kompetenzen und das durchgängige Fehlen von konkreten kurz-, mittel- und langfristigen Klimaschutz-

zielen und deren Umsetzungsstrategien prägten die politische Realität.

Die zentralen Herausforderungen im Umweltbereich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sind die nachhaltige Entwicklung sowie der Klimaschutz, und damit eng verbunden die Energiepolitik. Es ist daher sinnvoll und konsequent, wenn zur Bündelung der Kompetenzen ein Zukunftsministerium geschaffen wird, in dem sowohl die nachhaltige Entwicklung als auch der Klimaschutz und die Energiepolitik einen hohen Stellenwert erhalten. Klimaschutz muss in Zukunft auch in anderen Ministerien eine verstärkte Rolle einnehmen, u.a. in jenen mit den Verantwortungsbereichen Landesplanung, Mobilität und Wohnungsbau.

Wann kommt das „Zukunftsministerium“ ?



Um zu gewährleisten, dass sämtliche öffentlichen Projekte und Gesetze im Einklang mit den Klimaschutzzielen und den damit verbundenen Strategien sind, sollte analog zur „Fiche technique budgétaire“ eine „Fiche technique Climat“ eingeführt werden. Diese ist vor allen Entscheidungen offenzulegen und muß Bestandteil der öffentlichen Diskussion sein

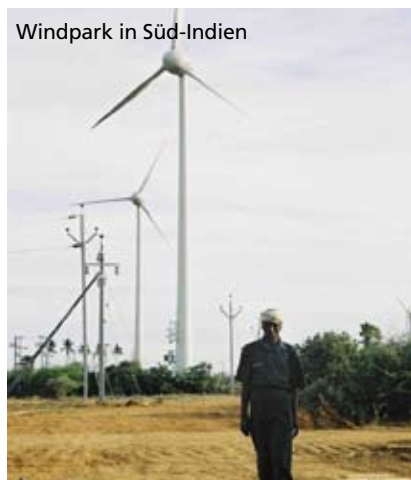


Eine wirkungsvolle Klima- und Energiepolitik braucht das Zusammenwirken von Staat und Gemeinden. Nur so erreicht der Staat Akzeptanz für nationale Klimapolitik. Viele Aktionsbeispiele, vor allem in den Klimabündnisgemeinden, beweisen, dass Gemeinden die Bürger und Bürgerinnen sehr gut mit Informationen erreichen und zu konkreten Handlungen im Sinne des Klimaschutzes anregen können.

Luxemburg braucht ausserdem ein flächendeckendes Beratungsangebot im Energiebereich für Haushalte, Betriebe und Verwaltungen, welches auf Komplementarität und koordiniertes Vorgehen zwischen staatlichen, kommunalen und privaten Akteuren setzt.



Austrocknender Brunnen
in Burkina Faso



Windpark in Süd-Indien



Reinigung eines Solar-Ofens zum
Kochen, Rajasthan, Indien

Entwicklungspolitik und **Klimagerechtigkeit** gehören zusammen

Obwohl die Menschen in den ärmeren Teilen der Erde am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind sie schon heute die Hauptleidtragenden für unseren verschwenderischen Umgang mit Energie und fossilen Brennstoffen. Diesen Menschen fehlen die nötigen Mittel, um sich an die veränderten Bedingungen wirksam anzupassen und ihre eigenen Wirtschaften auf eine nachhaltige Energieversorgung umzustellen. Für die Industriestaaten ergibt sich zusätzlich zu den Reduktionsverpflichtungen die moralische Pflicht, die Menschen in den Entwicklungsländern zu unterstützen und ihre Wehrlosigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels zu verringern.

Wir fordern, dass die durch den Klimawandel herbeigeführte Situation zu einem Schwerpunkt der nationalen und der EU-Entwicklungspolitik wird. Luxemburg muss, über seine Klimaschutzbemühungen zuhause hinaus, dazu beitragen, den betroffenen Regionen in den Zielländern der nationalen Entwick-

lungspolitik schnellstmöglich umfangreiche finanzielle Hilfen zur Anpassung gegen den Klimawandel und technisches Know-how für eine klimafreundliche Energieversorgung bereit zu stellen. Allerdings sollen Anpassungsmaßnahmen zusätzlich zu den bestehenden Verpflichtungen aus der Offiziellen Entwicklungsunterstützung (Official Development Assistance, ODA) gewährt werden. Auch wenn die Strategien zu Anpassung an den Klimawandel in die allgemeinen Strategien zur Entwicklungszusammenarbeit eingebettet werden müssen, darf es nicht zu einer finanztechnischen Vermengung der Mittel kommen.

Der Schutz vor Katastrophen sowie Hilfeleistung in Notsituationen sind wichtige Inhalte der luxemburgischen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Klimaerwärmung führt zu einem vermehrten Auftreten extremer Wetterereignisse und daher zwangsläufig zu einer Zunahme von Umweltkatastrophen. Verstärkte Anstren-

gungen der Regierung, unter Einbezug der relevanten Akteure (Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitute usw.), sind daher erforderlich.

Die Industrieländer, darunter auch Luxemburg, müssen dafür sorgen, dass ihre Tätigkeiten (z.B. Handels-, Agrar-, Fischerei-, Umwelt-, oder Einwanderungspolitik) die Entwicklungsländer nicht negativ beeinflussen. Dies bedeutet unter anderem die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen im Energiebereich, den Vorrang für Energieeffizienz und den Einsatz regenerativer Energiequellen in den Projekten der Außenpolitik der Industrieländer.

Verbindliche ökologische und soziale Verhaltenskodizes für transnationale Unternehmen und Haftungsregeln für die Unternehmen, die durch die Nutzung natürlicher

Ressourcen Klimaschäden herbeiführen, müssen ausgearbeitet werden. Die Sicherung von Zugangsrechten (Land-, Wasser- und weitere Nutzungsrechte) und vor allem die verbesserte Beteiligung der lokalen und indigenen Gemeinschaften an der Nutzung biologischer Ressourcen und Schutzgebiete und die Stärkung ihrer Verfügungsrechte über die Nutzung von Lebensräumen sind notwendig und sollten auch gegenüber den Zielländern der luxemburgischen Entwicklungshilfe eingefordert werden. **Unser Land muss sich ausserdem dafür einsetzen, dass innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) Umwelt- und Klimaschutz, Ressourcenschonung und Armutsbekämpfung den Interessen des uneingeschränkten, freien Handels übergeordnet werden. Diese Ziele sind in Bezug auf Klimagerechtigkeit unerlässlich.**

Weitere Forderungen an die zukünftige Klimapolitik Luxemburgs

Regenwaldschutz ist Klimaschutz

Luxemburg muss sich für einen Abholzungsstopp der Regenwälder einsetzen. Zum Schutz der Regenwälder müssen Gelder bereitgestellt werden: Luxemburg sollte sich wie Deutschland und Norwegen finanziell am Schutz der Regenwälder beteiligen. Als weitere dringende Maßnahme muss der illegale Holzhandel in Europa umgehend gestoppt werden.

Energieeffizienz und dezentrale Energieversorgung müssen zur Priorität werden

Ohne eine deutliche Verringerung des Energieverbrauchs können wir unsere Klimaschutzziele nicht

erreichen. Energieeinsparungen, Effizienzsteigerung, dezentrale Energieversorgung auf Basis hocheffizienter Kraftwärmekopplung sowie der Einsatz erneuerbarer Energien sind wesentliche Bestandteile einer sicheren und sauberen Energieversorgung.

Eine Priorität der künftigen Regierung muss die Förderung von Energieeffizienz und Energiesparen sein. Luxemburg verringert dadurch seine Abhängigkeit von immer teurer werdenden Energieimporten und trägt außerdem, beispielsweise im Bereich der Stromproduktion, indirekt zum Klimaschutz in den Strom exportierenden Ländern bei.

Eine weitere Priorität muss beim Ausbau nachhaltiger, dezentraler Energiesysteme liegen. Diese produzieren weniger Kohlendioxidemissionen, sind billiger, effizienter und sicherer und bedeuten eine geringere Abhängigkeit

von importierten Brennstoffen, schaffen Arbeitsplätze und stärken kommunale Gemeinschaften. Dass eine dezentrale Energieversorgung auch in Luxemburg funktionieren kann, beweist das Beispiel der Gemeinde Beckerich eindrucksvoll.



Biogasanlage:
Teil des Nahwärmenetzes
in Beckerich

Erneuerbare Energien in Luxemburg : die Potentiale endlich erschließen

Ein intensiver Ausbau der erneuerbaren Energien in Luxemburg nützt nicht nur dem Klimaschutz und der Energieversorgung, sondern fördert den technischen Fortschritt und schafft zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Die Politik hat die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und eine Aufbruchstimung bei den erneuerbaren Energien zu entfachen.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch in Luxemburg muss laut der jüngst beschlossenen Erneuerbaren Energien-Richtlinie von heute 0,9% auf mindestens 11% bis zum Jahr 2020 gesteigert werden.

Dieses Ziel ist, unter der Voraussetzung eines schrittweisen Ausstiegs aus dem Treibstoffexport, im Wesentlichen durch inländische Maßnahmen erreichbar.

Die „LuxRes“-Studie¹⁰ des Umweltministeriums belegt, dass auch Luxemburg große Potentiale an erneuerbaren Energien hat. Die Studie verdeutlicht außerdem, dass die Förderung erneuerbarer Energien in Luxemburg zwar Kosten verursacht, durch vermiedene Kosten beim Kauf fossiler Brennstoffe jedoch eine positive wirtschaftliche Bilanz entsteht. Bei in Zukunft steigenden Energiepreisen wird dieser positive Effekt der Erschließung einheimischer erneuerbarer Energiequellen noch größer.

¹⁰ Bestimmung der Potenziale und Ausarbeitung von Strategien zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien in Luxemburg, Fraunhofer Institut u.a., im Auftrag des Umweltministeriums, 2007



Klimaschutz schafft Arbeitsplätze:
Beispiel Erneuerbare Energien

Nein zu 10% Agrokraftstoffen im Transportbereich

Die Erneuerbaren Energien-Richtlinie schreibt einen Anteil der erneuerbaren Energien im Transportbereich von 10% des Endenergieverbrauchs bis 2020 vor. Luxemburg muss auf den Einsatz von Agrokraftstoffen zum Erreichen dieses Ziels verzichten. Eine Ausnahme stellen die in geringem Umfang lokal produzierten Agrokraftstoffe dar. Werden Agrokraftstoffe in großem Maße produziert, gefährden sie die weltweite Nahrungsmittelsicherheit. Ihr Beitrag zum Klimaschutz ist höchst umstritten. Luxemburg muss deshalb prioritär seinen hohen Treibstoffverbrauch senken und sollte Strom aus erneuerbaren Energien vorziehen, um den Anteil der erneuerbaren Energien im Transportbereich zu erhöhen.

Konsequente Absage an die Atomkraft

Die Atomenergie ist eine teure und gefährliche Technologie und verhindert die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien. Zudem ist diese Art der Energiegewinnung mit Problemen bei Rohstoffverfügbarkeit, Sicherheit, Abfallentsorgung und nuklearer Proliferation verbunden. **Die Luxemburger Regierung muss sich daher gegen die Verwendung und den Ausbau der Atomkraft einsetzen.** Sie sollte bei kleineren, mittleren und bei den großen Stromverbrauchern des Landes dafür werben, auf Atomstrom zu verzichten und den Energiebedarf in zunehmendem Maße über erneuerbare Energien zu decken.



(1)

Ausbau des öffentlichen Transports und des Güterverkehrs, kohärente Landesplanung und nachhaltige Mobilität

Der konsequente Ausbau des öffentlichen Transports ist eine absolute Voraussetzung für eine neue Mobilität: dazu bedarf es klarer finanzieller Prioritäten im Staatsbudget auf Kosten des Individualverkehrs. Aus Umwelt- und Klimaschutzgründen und um dem Verkehrschaos auf unseren Straßen ein Ende zu bereiten, muss der Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen in Luxemburg von landesweit heute ca. 12% auf mindestens 25% erhöht werden.

Klimaschutzpolitik erfordert auch eine kohärente Landesplanung und Bautenpolitik, die eine optimale Versorgung mit dem öffentlichen Transport ermöglicht.



(2)

(1) + (2): Luxemburg braucht neue Mobilitätskonzepte

Für eine Politik der kurzen Wege, in dem Wohnen und Arbeiten so nahe wie möglich zusammen geführt werden, müssen neue Aktivitätszonen entlang der Schiene geplant und Aktivitäten dezentralisiert werden. Der sektorielle Plan für den Wohnungsbau muss mit dem Mobilitäts-Plan in Einklang gebracht werden.

Wenn Mobilitätszentrale und Verkehrsverbund zur Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen sollen, so müssen sie deutlich an Schlagkraft gewinnen und mit weitaus mehr Finanzmitteln und Personal ausgerüstet werden.

Der Güterverkehr sollte weitestgehend auf die Schiene verlagert werden. Es muss sichergestellt werden, dass der Schienengütertransport auch in kleineren Mengen landesweit möglich ist. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen sollte die Einführung einer streckengebundenen LKW-Maut analysiert werden.

Die Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft senken, den Biolandbau stärker fördern

Die Landwirtschaft in Luxemburg ist für etwa 5% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine Verringerung der Treibhausgase Methan und Lachgas ist möglich, insbesondere bei der Viehhaltung und beim Einsatz von Düngemitteln, durch eine verbesserte Kohlenstoff-Speicherung der Böden, durch die Produktion von Biogas und die Förderung der biologischen Landwirtschaft, deren Anteil bis 2020 von heute 3% auf mindestens 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche gesteigert werden muss.

Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen sozialverträglich gestalten

Steigende Energiepreise und die Auswirkungen des Klimawandels treffen auch die Menschen in den Industrienationen. **Damit die sozial Schwachen in Luxemburg nicht Opfer von steigenden Energiekosten oder Klimaschutzmaßnahmen werden, müssen Konzepte zur sozialverträglichen Förderung von Energiesparmaßnahmen entwickelt werden.** Nachdem es erste Konferenzen und Seminare zum Thema gab, sollte im Laufe der nächsten Legislaturperiode eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, in welcher die Sozialpartner und die Regierung vertreten sind, um sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf den Arbeitsmarkt zu befassen und die besten Lösungen zu entwickeln.

Um allen Mitbürgern ein klimafreundliches und sozialgerechtes Wohnen zu ermöglichen, braucht es neue Finanzierungs- und Steuerinstrumente. Staatliche Kredite ohne Verzinsung sowie Abschreibungsmöglichkeiten oder Steuerkredite für Vermieter, Gratisberatung oder gezielte Beihilfen für finanziell Minderbemittelte sind Pisten, welche die Regierung in Abstimmung mit den Sozialpartnern diskutieren und umsetzen sollte.

Der Kampf gegen den Klimawandel muss ebenfalls darauf bedacht sein, Energiearmut zu bekämpfen und einkommensschwache Menschen dabei zu unterstützen, in ihrem Zuhause bleiben zu können. Wir fordern daher die Einführung eines Anspruchs auf Zugang zu Energie und unterstreichen die Notwendigkeit, jedem den Zugang zu Heizung, Warmwasser und Strom zu garantieren.

Der Personentransport soll nachhaltig gestaltet werden mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen stark zu reduzieren, ohne sich dabei zu Lasten einkommensschwacher Haushalte

auszuwirken. Ein gut ausgebauter Öffentlicher Personenverkehr, Mobilitätskonzepte für Unternehmen sowie die Einrichtung eines sozialen Taxidienstes sind einige der möglichen Pisten, welche eine sozial ausgeglichene Mobilität garantieren können.

Finanzpolitik graduell umgestalten: ökologische Steuerreform angehen, klimaschädliche Subventionspolitiken abschaffen

Eine ökologische Steuerreform muss endlich in die Wege geleitet werden. Hier stehen vor allem der Budget- sowie der Finanzminister in der Pflicht. Sämtliche Subventionspraktiken des Staates müssen auf ihre Kompatibilität mit den Nachhaltigkeitskriterien geprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Außerdem sollten Nachhaltigkeitsaspekte in die verschiedenen Sektoren integriert werden, z.B. bei der Unterstützung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen in Betrieben.

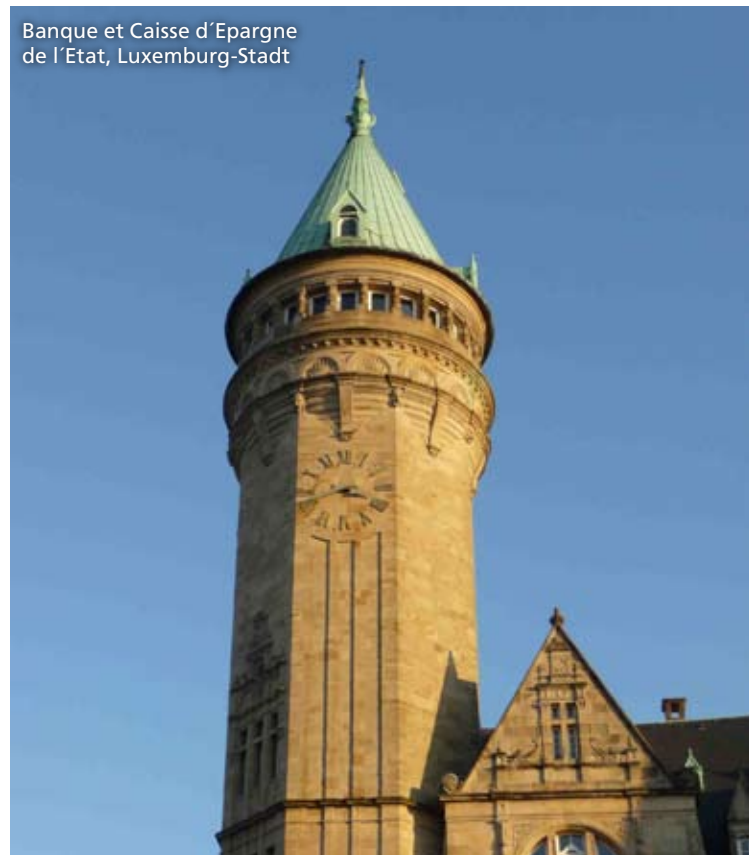
Wirtschafts- und Mittelstandspolitik am Klimaschutz orientieren

Auch im Bereich der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik braucht Luxemburg einen Paradigmenwechsel: Ökologie, Soziales und Wirtschaft müssen Hand in Hand gehen. Dadurch entstehen neue Chancen, z.B. für den Arbeitsmarkt. Luxemburg sollte sich als Standort im Bereich der Umwelttechnologien profilieren. Umweltmanagement-Instrumente und die systematische Beratung der Betriebe sollten konsequent gefördert werden. Regionale Produktion und Märkte müssen aufgebaut und neuartige Dienstleistungsunternehmen im Umweltbereich unterstützt werden.

Den Finanzplatz Luxemburg zum Motor für eine nachhaltige Entwicklung umgestalten

Der Finanzsektor ist die dominierende Wirtschaftsbranche Luxemburgs. Er könnte bezüglich ethischer Fragestellungen mit gutem Beispiel vorangehen und neue Maßstäbe für Energieeffizienz, Energiesparen und den Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebereich setzen.

Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat, Luxemburg-Stadt



Luxemburg ist mit einem Anteil von 75% das Zentrum des europäischen Investmentfonds-Marktes: mehr als 2.000 Milliarden Euro in mehr als 11.000 Fonds werden hier verwaltet. **Der Finanzplatz Luxemburg sollte eine Führungsrolle in Europa und weltweit beim Klimaschutz und bei der nachhaltigen Entwicklung übernehmen, indem er einerseits dafür sorgt, dass Investitionen nicht den internationalen Klimaschutzzielen zuwiderlaufen bzw. die nachhaltige Entwicklung gefährden. Zum anderen kann er den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und Maßnahmen im Bereich von Energieeffizienz und Energieeinsparung gezielt unterstützen.**

Die Luxemburger Regierung soll diese Entwicklung unterstützen, indem sie sich dazu engagiert, den Finanzsektor im Sinne einer kohärenten Klimaschutzpolitik weiterzuentwickeln. Dies wäre nicht nur für die Wirtschaft des Landes von Vorteil, sondern würde das Ansehen des Finanzplatzes Luxemburg verbessern.

Luxemburg muss sich für eine nachhaltige Klimaschutz- und Energiepolitik der EU einsetzen

Wir erwarten von der luxemburgischen Regierung, dass sie sich im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen für weitreichende, weltweite Treibhausgas-Reduktionsziele einsetzt. Europa muss seiner Vorreiterrolle beim Klimaschutz auch weiterhin gerecht werden. Grundlegende Voraussetzung hierfür ist, dass innerhalb der EU eine kohärente Klimaschutz- und Energiepolitik betrieben wird, eine Politik, die für tatsächliche Emissionsreduktionen zuhause sorgt und den Handel mit zweifelhaften Verschmutzungsrechten im Ausland beendet. Luxemburg muss sich für eine grundlegende Reform des „Clean Development-Mechanismus“ stark machen und seinen Einfluss in europäischen Institutionen und Instrumenten, wie z.B. der Europäischen Investitionsbank (EIB), den Strukturfonds usw. geltend machen, damit diese sich den Klimaschutzzielen verpflichten.

Eine ausführliche Analyse der derzeitigen Klimaschutzpolitik in Luxemburg sowie unsere detaillierten Forderungen für eine klima- und energiepolitische Kehrtwende des Landes sind bei den Organisationen oder auf der Internetseite www.klimavotum.lu erhältlich.

Glossar

Agrokraftstoffe Flüssige oder gasförmige Kraftstoffe, die aus pflanzlichen Rohstoffen wie z. B. Ölpflanzen, Getreide, Zuckerrüben oder -rohr, Wald- und Restholz hergestellt werden.

Anpassung / Anpassungsfähigkeit: Fähigkeit von Lebewesen oder Gesellschaften, ihr Leben aufgrund der durch den Klimawandel veränderten Umweltbedingungen und Schäden zu verändern.

Anpassungsmaßnahmen: Maßnahmen, um die Auswirkungen und Kosten zunehmender, mit dem Klimawandel in Verbindung stehender Katastrophen wie Überschwemmungen und Waldbrände zu mindern

Clean Development Mechanismen (CDM): Der „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“ ist einer der vom Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismen. Ein Land, das in Annex B des Kyoto-Protokolls aufgeführt wird, kann bei einem Nicht-Annex B-Land Emissionsreduktionen einkaufen.

Dezentrale Energieversorgung: Erzeugung von elektrischer Energie und Wärme in vielen kleinen Anlagen in räumlicher Nähe zum Verbraucher, beispielsweise in Wohngebieten.

Energieeffizienz: Unter Energieeffizienz wird verstanden, dass ein gewünschter Nutzen mit möglichst wenig Energieeinsatz erreicht wird.

Green New Deal: Forderung im Rahmen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, Investitionsmaßnahmen in den ökologischen Umbau der Gesellschaft zu lenken, mit einer stärkeren Regulierung der Finanzwirtschaft, massiven Investitionen in erneuerbare Energien und den sozialen Ausgleich.

IPCC: engl. "Intergovernmental Panel on Climate Change". Der Weltklimarat (IPCC,)

wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) eingerichtet, um den drohenden Klimawandel zu erforschen und Maßnahmen dagegen zu koordinieren.

Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen: engl. "United Nations Framework Convention on Climate Change" (UNFCCC). Die Konvention bildet den Rahmen für die Klimaschutz-Verhandlungen, die jährlich als Vertragsstaatenkonferenz stattfinden. Die Klimarahmenkonvention wurde auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro angenommen.

Kyoto-Protokoll: 1997 beschlossenes Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention. Es schreibt verbindliche Ziele für die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen fest. Das Protokoll trat im Februar 2005 in Kraft.

Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltige Entwicklung bezeichnet eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden.

Offizielle Entwicklungsunterstützung: Staatliche Entwicklungszusammenarbeit, engl. „Official Development Assistance“ (ODA), als gemeinsames Bemühen von Industrieländern und Entwicklungsländern, weltweite Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung und in den allgemeinen Lebensbedingungen dauerhaft und nachhaltig abzubauen.

Ökologische Steuerreform: Prinzipien einer ökologischen Steuerreform: 1. Aufkommensneutralität gewährleisten 2. Öko-Steuern sollten in einem vorhersehbaren Rahmen eingeführt und graduell erhöht werden 3. Alternativen fördern, die dem Bürger und den Betrieben ein umwelt-

schonenderes Verhalten erlauben 4. Lenkungseffekt sichern, mit dem Ziel, die Umweltbelastungen zu verringern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Schwellenländer: Schwellenländer (Newly Industrializing Economies) sind eine Gruppe von Staaten, die traditionell noch zu den Entwicklungsländern gezählt werden, aber nicht mehr deren typische Merkmale aufweisen.

Stern-Report: Bericht des ehemaligen Weltbank-Chefökonom und jetzigen Leiters des volkswirtschaftlichen Dienstes der britischen Regierung, Nicholas Stern. Der im Auftrag der britischen Regierung erstellte Bericht untersucht insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung.

Treibhausgase: In der Atmosphäre enthaltene Gase, hauptsächlich Kohlendioxid (CO₂), Wasserdampf (H₂O), Methan (CH₄), aDistickstoffoxid (N₂O, Lachgas), Ozon (O₃) und FCKW und H-FKW. Sie verhindern - wie das Glasdach eines Treibhauses - die Wärmestrahlung von der Erdoberfläche in das All.

UNEP: Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP, United Nations Environment Programme) will eine ressourcenschonende, nachhaltige Entwicklung fördern und die Anstrengungen einzelner Staaten bündeln.

Welthandelsorganisation (WTO): Die Welthandelsorganisation (engl. „World Trade Organization“, WTO) ist eine internationale Organisation, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Ziel der WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen und somit die Liberalisierung des internationalen Handels mit dem weiterführenden Ziel des internationalen Freihandels

Mit „Votum Klima“ zeigen Caritas Luxemburg, Action Solidarité Tiers Monde, Mouvement Ecologique und Greenpeace, dass eine klima- und energiepolitische Kehrtwende Luxemburgs möglich ist. In dieser Broschüre stellen die vier Organisationen ihre Forderungen an die künftige Luxemburger Regierung in einer Zusammenfassung vor.

